

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Haube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Pödolph Pößle.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Kavalierendahl“.

Mr. 8.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 4. Januar.

Insette 20 Pf. die sechsgesetzte Zeitung oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 3. Januar. Der König hat dem Ober-Bürgermeister, Regierungs-Rath a. D. Noos zu Krefeld den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath verliehen.

Den königlichen Landesgeologen Dr. Loffen und Dr. Kanter zu Berlin ist das Prädikat Professor beilegt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 4. Januar.

Eine neue Sezession, und zwar eine solche des rechten Flügels der Fortschrittspartei unter Haniel's Führung wird — und das ist das Aufälligste an der Sache — von den offiziösen Korrespondenten angekündigt. Den Anlaß zu derselben soll der Antrag Windthorst wegen Aufhebung des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1874 bieten. Es will uns scheinen, als ob man bei dieser Annahme die Zahl der Mitglieder der Fortschrittspartei, welche für die Annahme des Antrages Windthorst einzutreten gewillt sind, erheblich überschätzt. Die Spekulationen auf eine Spaltung der Liberalen gegenüber dem Antrag Windthorst sollten unserer Ansicht nach eine Mahnung an alle Verfehlte sein, Sprengversuchen von vornherein Widerstand zu leisten. Gerade von gegnerischer Seite ist befannlich das Wort gefallen, daß die liberalen Wähler einiger seien als die liberalen Abgeordneten.

Während des Restes der Reichstagsession soll, wenn irgend möglich, auch noch ein Theil der Wahlprüfungen erledigt werden, welche zu weiteren Erörterungen Anlaß geben, zumal da bisher nur ein verschwindend kleiner Theil davon zur Erörterung gelangt ist. Freilich wird man die hauptsächlichsten Beschwerden über Wahlbeeinflussungen &c. bis zur nächsten Session verschieben müssen und die Anträge auf Beanstandung &c. werden vorläufig ohne Wirkung bleiben.

Der Abgeordnete v. Bühl er hatte sich mit seinen bekannten Abrüstungsvorschlägen unter Andern auch an Gambetta gewandt, der es aber bisher nicht für nötig gefunden hat, den Forderungen der Höflichkeit zu genügen und Herrn v. Bühl zu antworten. Dieser bemerkte hierüber in einem an die „Allg. Ztg.“ gerichteten Schreiben:

„Wäre Herr Gambetta von wahren Friedensverlangen besessen, wäre es ihm Ernst mit Verwerfung der brutalen Gewalt der Waffen, so dürfte er, wie ich schon in mein'm Schreiben an ihn andeutete, nicht so überreizt empfindlich sich gerufen, um nicht einmal eine freie Erörterung über die wichtigste Angelegenheit des Welttheils extrafigur zu können. Wer das Wohl seiner Nation wahrhaft im Herzen trägt, darf Neuerlichkeiten nun und nimmermehr zum Vorwand nehmen, um einer an ihn herangetretenen großen Menschheitsfrage aus dem Wege zu gehen, darf nicht um der rauen Schale willen den guten Kern wegwerfen, und der Kern, um den es sich hier handelt, ist der Völkerfriede. Das Ziel ist von mir richtig ins Auge gesetzt und der Zweck meines Schreibens wenigstens nach einer Richtung erreicht. Das Schweigen Gambetta's, das Schweigen der französischen Presse, darin stimmt das allgemeine Urtheil überein, spricht bereuter und vernehmlicher, als alle Worte es thun könnten: es gestaltet sich nach dem Ausspruch der St. Petersburger Ztg. zur offenen Anklage gegen die Friedensliebe Gambetta's. Doch Friede ist die Sehnsucht der Völker, und sie wird, dies ist jedes denkenden Menschenfreundes Trost und Hoffnung, mächtiger sein als alle „politische Listigkeit des Italiener.“

Nach Nachrichten, welche die „Tribüne“ aus New-York über in Amerika lebende deutsche Sozialdemokraten erhält, sind dieselben in Chicago so stark vertreten, daß sich dort ein sozialistisches Milizregiment in der aktiven Stärke von 1000 Mann gebildet habe, welches Uniform und Waffen trägt und sich seine Offiziere selber wähle — ein Recht, welches gegen ein Dekret des Gouverneurs, der in jedem Staate der Höchstkommandirende ist, den Sozialisten vom Richter zuerkannt worden sei. Die Bewegung in Chicago leite Paul Grottkau, Chefredakteur des Sonntagsblattes „Die Fackel“ und der Wochenausgabe „Der Vorbote“. Wahltreue sei nach Amerika gegangen, um „sein Glück zu machen“; er sei auch der bekannteste Redner in New-York, allein populär werde er nicht werden, weil man sage, er hätte in Deutschland bleiben sollen, wenn er der Partei dienen wollte. Fritzsche hätte mit Bierfeld für die Wahlbewegung 17,000 Mark aufgebracht, jetzt sei aber jede Geldquelle für die „Freiheit Deutschlands“ verstopft. Fritzsche, der in Philadelphia Bierwirth ist, habe von dem Baarvermögen des Vereins deutscher Tabakarbeiter 10,000 Mark überwiesen erhalten, um dieses Kapital sicher anzulegen, während er die Zinsen für sich hätte verwenden dürfen. Als während seiner Reise nach Amerika seine Genossen in Deutschland untersucht hätten, wie es mit der Sache stände, hätte Fritzsche im Interesse der Sicherheit des ihm anvertrauten Geldes jede Auskunft verweigert, während bei den anderen Vertrauensmännern, die den Rest des Vereinsvermögens in Obhut genommen hätten, Alles in Ordnung befunden worden wäre. In New-York hätten die Sozialdemokraten die Untersuchung der Angelegenheit wieder aufgenommen; das Resultat sei gewesen, daß Fritzsche mit seiner Verwaltung keine Ehre eingelegt habe; Wahltreue habe in einer Versammlung zu New-York erklärt, man solle den Mann in Ruhe lassen, so lange er ruhig bleibe: sollte er indessen in die Öffentlichkeit zu treten wagen,

so würde er, Wahltreue, Stellung nehmen, er wisse mehr. Was an dieser Erzählung Wahres ist, muß dahingestellt bleiben; vielleicht veranlaßt der obige Bericht die Gesinnungsgenossen Fritzsche's zu weiteren Erklärungen.

Der österreichische Ministerpräsident, Graf Taaffe, glaubt die Formel, mit deren Hilfe er die Majoritätsparteien des Reichsrates um sein Banner schaaren und eine festgeschlossene und vereint marschirende Phalanx bilden könnte, jetzt gefunden zu haben. Unter dem Ministerium Schönwart wurde einmal das Zauberwort von dem „wahren Oesterreicherthum“ ausgegeben; jetzt lautet die Parole: „konseriatives Oesterreicherthum“. In einer „die Autonomisten in Oesterreich“ überschriebenen, ersichtlich inspirirten wiener Korrespondenz des „Wiener Lloyd“ wird die Frage erörtert, ob die Autonomisten des Reichsrats denn wirklich Föderalisten sind, und der Korrespondent gelangt zu dem folgenden Schluß:

Die Föderalisten seien dies mit Richten, vielmehr nichts Anderes als eine Liga disperater Elemente, welche alle nur weiße gemeinschaftliche Feinde haben, der cosmopolitischen Liberalismus und den deutlichen Nationalismus. Graf Taaffe aber sei weder ein Exek. noch ein Pole noch ein Ultramontaner, er sei einzig und allein Oesterreicher. Aber Graf Taaffe gebe auch die Hoffnung nicht auf, eine Partei zu finden, welcher er sich ganz und ohne Vorbehalt anschließen könnte, und ebenso wenig gebe er die Hoffnung auf, daß diese Partei aus den Elementen der gegenwärtigen rechtsrathlichen Mehrheit entstehen wird. Warum, so fragt der Korrespondent, sollten die Autonomisten nicht auch von den letzten, doch nur utopischen Wünschen und Bestrebungen sich emanzipieren, warum sollten sie nicht ganz den Gedanken des „konseriativen Oesterreicherthums“ akzeptiren und dafür die Realisierung ihrer berechtigten Desiderien in den Tausch nehmen? Es heißt gerade jetzt, daß die Führer der Rechten über ein weiteres Aktionsprogramm berathen und dasselbe mit den Intentionen der Regierung in Einklang bringen wollen.

Der Korrespondent glaubt nun, und wir theilen seine Ansicht, daß die Antwort des Ministerpräsidenten sich kaum wesentlich von den Gesichtspunkten unterscheiden wird, die in Vorstehendem entwickelt sind.

Acceptieren die Herren den Standpunkt des Grafen Taaffe, dann soll in Oesterreich nicht nur konstitutionell, sondern auch parlamentarisch regiert werden und dann mag die „Vereinigte Linie“ zuschauen, wie sie zu ihrer Rechnung kommt.“

Der Lockruf ist ergangen; ob die Autonomisten ihm werden folgen wollen und ob, wenn sie wollen, sie ihm werden folgen können, bleibt abzuwarten; wahrscheinlich ist es gerade nicht. Das Unternehmen, die oben charakterisierten „disparaten Elemente“ unter einen Hut zu bringen, dürfte sich noch schwieriger erweisen, als das Werk der deutschen Einigung. Wir meinen, daß die Liberalen Oesterreichs diesen neuen Experimenten ohne Gemüthsregung zusehen dürfen, inzwischen werden sie dem Grafen Taaffe für seine Neujahrs-Ueberraschung dankbar sein: bestätigt sie doch in aller Form, daß der Ministerpräsident sein famoses „Verhöhnungs“-Programm definitiv geopfert hat und entschlossen ist, sich den Feinden des Liberalismus und des Deutschtums völlig in die Arme zu werfen.

Balb nach den miskolzer Manövern veröffentlichte, wie man sich erinnern wird, ein peiter Journal, der „Egyeterre“ mehrere vertrauliche Depeschen des verstorbenen Ministers des Innern, Baron's Haymerle, und einen eigenhändigen Brief des Zaren an den Kaiser. Die Publikation erregte damals peinliche Sensation, und der Kaiser selbst ordnete die strengste Untersuchung an. Auf Grund des Materials, welche letztere lieferte, wurde der Prozeß gegen den Urheber der Publikation angestrengt, und vor wenigen Tagen fand in Miskolz die betreffende Schlussverhandlung statt. Das Gericht fällte folgendes Urtheil:

Der Journalist Michael Vancza wird der Verleugnung des Depeschengeheimnisses Schuldig erkannt und in Anbetracht mildnernder Umstände, insbesondere der Thatache, daß er nur zufällig in den Besitz der Depeschen gelangte, zu dreitigigem Arrest und einer Geldstrafe von 30 Gulden verurtheilt. Sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte meldeten die Berufung gegen das Urteil an.

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte das neue italienische Wahlgesetz noch im Laufe dieses Monats oder längstens im Februar zur vollständigen Erledigung und Sanktionierung gelangen. Daß es der Regierung mit der Durchführung des ganzen Gesetzes Ernst ist, beweist der Umstand, daß der Ministerpräsident und Minister des Innern, also der eigentliche Verfasser des neuen Wahlgesetzes, bereits erklärt hat, daß er nach erfolgter Sanktionierung des das Wahlrecht feststellenden Theiles des Wahlgesetzes sofort das Gesetz über das Listenkratium der Kammer zur parlamentarischen Behandlung vorlegen wird. Man kann daher, ohne besonders sanguinisch zu sein, annehmen, daß das ganze Wahlgesetz noch im Laufe des nächsten Frühjahrs erledigt sein, daß der Sommer für seine praktische Einführung verwendet werden wird und die Generalwahlen im Herbst nach dem neuen Wahlgesetz erfolgen werden. So wenigstens lautet das Programm der Regierung, an dessen Durchführung sie mit Ernst und Energie festhält.

Die „République française“ bricht endlich ihr Schweigen über die Beförderung des ehemaligen Staatsraths J. J. Weiss, welches in der Presse vielfach kommentirt wor-

den war. Sie thut dies mit heftigen persönlichen Ausfällen gegen Diejenigen, welche an dem Dekrete etwas auszusetzen fanden, und fertigt die Einwendung, der jetzige Direktor der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Neuzern sei ein Neuling in diplomatischen Dingen, mit dem Hinweis auf seine vielseitige journalistische Thätigkeit ab.

„Das Unglück des Herrn Weiss“, schließt das offiziöse Blatt, „war allerdings, daß er mit seinem großen Talente selten auf dem richtigen Platze war. In dem Augenblicke aber, da er gefunden zu haben scheint, mutten solche Wuthausbrüche von Männern, welche britischen Verstand u. d. saltes Blut zu besitzen vorgeben, süßlich überraschen.“

Das Gericht von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers des Innern, Herrn Waldeck-Rousseau, behauptet sich trotz eines vor einigen Tagen der Presse mitgetheilten offiziösen Dementi's. Es herrscht zwischen Gambetta und dem Minister des Innern Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die Art der Einführung des Listenkratiums. Man findet in der Reise des Ministers nach Nantes eine Bestätigung jenes Gerüsts und fügt als neues Moment hinzu, daß sich der Zwiespalt zwischen den beiden Staatsmännern anlässlich der gegen die französischen Minenarbeiter der Grande Combe zu ergreifenden Maßregeln noch mehr zugespielt habe.

Der Bischof von Grenoble, der sich kürzlich in einem Hirtenbriefe in Schmähungen gegen die Republik erging und hinzufügte, die heutigen Zustände könnten nur durch Blut geführt werden, soll vor dem Staatsratte wegen Missbrauchs der Amtsgewalt zur Rechenschaft gezogen werden.

Wie der „Pol. Kor. aus Warschau“ gemeldet wird, herrscht seit der Rückkehr des Oberpolizeimeisters Buturlin vollständige Ruhe in der Bevölkerung und man betrachtet die Wiederkehr der Exzesse gegen die Juden als ausgeschlossen. Die Zahl der Verhafteten ist bis auf 3000 gestiegen. Der effektive Schaden wird approximativ auf 1½ Millionen Rubel geschätzt; doch könnte derselbe, wenn die allgemeine Stagnation des Handels und Verkehrs längere Zeit andauern sollte, größere Dimensionen annehmen. Insbesondere werden bedeutende Fallments befürchtet, falls das Ausland mit Kreditziehungen vorgehen würde.

Angesehene Bürger und Journalisten agitieren lebhaft für Geldsammlungen für die geplünderten jüdischen Familien, um auf diese Weise den Schaden wenigstens teilweise zu vergüten und den Abschluß gegen die Judenhetze zu manifestieren. Viele Edelleute haben je 1000 und 500 Rubel subskribiert, Graf Krasinski hat allein für die Geschädigten eines kleinen Stadtbezirks 1000 Rubel gespendet.

König Karl von Rumänien hat sich an der von seinem Kabinett der wiener Regierung wegen des bekannten Konflikts geleisteten Gnethaltung nicht genügen lassen; er hat den offiziellen Staatsalt durch eine Kundgebung rein persönlicher Art ergänzt. Sofort nach der Beilegung der Affaire hat der König, wie aus Prag offiziös berichtet wird, ein Telegramm an den Kaiser Franz Josef gerichtet, worin er seine Dankbarkeit und Freude über die Wiederherstellung der freundlichen Beziehungen ausdrückt, deren eifrige Pflege er als persönliches Bedürfnis und als staatliche Pflicht anerkenne.

Die Lage der Dinge in Egypten nimmt gegenwärtig die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinette mehr in Anspruch, als es äußerlich den Anschein hat. Zwar hat der Khedive am 26. Dezember eine sogenannte Notabelnkammer mit einer hoffnungsfreudigen Thronrede eröffnet, aber diese parlamentarische Komödie wird nicht im Stande sein, den Gang der Ereignisse im Geringsten aufzuhalten. Die treibende Kraft in Kairo ist der arabische Oberst Arabi Bey, welcher an der Spitze der nationalen Partei, gestützt auf die arabischen Regimenter, die Lösung „Egypten für die Egyptianer“ auf seine Fahne geschrieben hat. Die Versuche, ihn durch Verlegung seines Regiments in eine andere Garnison von der Hauptstadt fern zu halten, haben sich als verfehlt erwiesen. Der Oberst verläßt nach Belieben seine Garnison, um den Ministern in Kairo auf den Dienst zu passen; der Khedive und seine Rathgeber fühlen sich diesem Parteihaupte gegenüber ohnmächtig und sehen sich daher gewungen, mit Arabi Bey als einer ausschlaggebenden Macht zu unterhandeln. zunächst fordert der Oberst eine Vermehrung des egyptischen Heeres bis auf 18,000 Mann, damit ist eine Steigerung der Heeresausgaben um mehrere Millionen verbunden, gegen welche die europäischen Finanzkontrolleure ihre warnende Stimme erheben. Wird die Forderung Arabi's von der Notabelnkammer gutgeheissen, so steht ein Konflikt der vizeköniglichen Regierung mit der französischen und englischen Finanzkontrolle in Aussicht, lehnt dagegen die Kammer die Erhöhung des Militärbudgets ab, so ist eine Erhebung der Nationalpartei zu befürchten. Die Interessen der im Lande der Pharaonen ansässigen und dorthin handelnden Europäer stehen dabei auf dem Spiel; es liegt daher nahe, daß die Kabinette bei Seiten sich über die am Nil zu befolgende Politik verständigen. Frankreich und England haben bisher für sich in Egypten ein Vorzugsrecht beansprucht und eine Politik befolgt, welche die Interessen der anderen Mächte unberück-

sichtigt ließ. Indes haben schon die dem Sturze Ismaïl Pascha's vorangegangenen Ereignisse dargethan, daß weder Österreich noch Deutschland, weder Italien noch Russland geneigt sind, die Regelung der egyptischen Verhältnisse den Kabinetten von London und Paris allein zu überlassen. Wie neuerdings verlautet, hatten sich die vorgenannten Mächte, angesichts der gegenwärtig in Kairo zu befürchtenden Konflikte über eine gemeinsame Politik verständigt, während man an der Seine, sowie an der Themse eine besondere Aktion ins Auge faßt. Nach einer aus London veröffentlichten Depesche will die "Times" erfahren haben, daß Frankreich und England über eingekommene, dem Khedive eine gemeinsame oder identische Note zu senden, worin sie ihre Bereitwilligkeit aussprechen, im Falle Unruhen in Egypten ausbrechen sollten, durch eine materielle Kooperation die Ordnung wiederherzustellen und die Autorität des Khedive zu schützen. Sollte sich diese Mittheilung bewahrheiten, so würde eine englisch-französische "materielle Kooperation" in Kairo jedenfalls nicht gegen den Protest der übrigen Mächte zur Ausführung gelangen können.

Über die Frage der Silberwährung in Nord-Amerika wird der "Magdeburg." geschrieben: "Der Jahresbericht, welchen der Finanzminister in Washington am 5. Dezember „an den achtbaren Sprecher des Repräsentantenhause“ gerichtet hat, ist auch für uns von hohem Interesse. Derselbe stellt die Einnahmen und Ausgaben während des am 30. Juni 1881 beendeten Fiskaljahres zusammen, die beispielhaft mit der ordentlichen Einnahme von 360,782,292,57 Dollars und der ordentlichen Ausgabe von 260,712,887,59 Dollars abschließen, also einen Überschuss der Einnahmen von 100,069,404,98 Doll. ergeben. Bereits nach der telegraphischen Mittheilung einzelner Abschnitte dieses Berichts sind Kombinationen mancherlei Art an denselben gefügt worden. Nachdem uns der volle Wortlaut des Altenstücks vorliegt, greifen wir hier einen Abschnitt heraus, welcher sich mit der Frage der Gold- und Silberwährung beschäftigt. Der Bericht konstatiert, daß die durch das Gesetz vom 18. Februar 1878 gegebene Vorschrift, jeden Monat mindestens 2 Millionen Dollars in Silber auszuprägen, tatsächlich gemacht hat. Fortwährend — heißt es in dem Altenstück über diesen „Silberdollar der Väter“ — sind Versuche gemacht worden, dieser Münzart Zirkulation zu verschaffen, in dem die Kosten des Transports derselben nach allen Punkten des Landes, wo sie verlangt wurden, von der Regierung bezahlt wurden. Aber nur 34 Millionen sind in Zirkulation, mehr als 66 Millionen sind in den Schatzgewölben geblieben, und es ist kein Grund zur Annahme, daß ihre Zirkulation rapide zunehmen sollte.“ Der Finanzminister erkennt an, daß die Silberfrage mit vielen Schwierigkeiten verknüpft sei und es erscheint ihm zweifelhaft, ob auf dem Wege der internationalen Vereinbarung praktische oder annehmbare Resultate herbeigeführt werden können. Die Feststellung eines Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber ist eine „außerordentlich delicate Sache, die nach allen Seiten überlegt sein will.“ Noch bedenklicher scheint dem Finanzminister die Lage zu sein, in welche Amerika bei fortgesetzter Silberprägung kommen würde, nämlich „für Alles, was wir kaufen im Auslande, Gold bezahlen zu müssen und dagegen Alles, was wir zu verkaufen haben, in Silberwährung bezahlt zu nehmen.“ Es wird daher empfohlen, die Vorschrift auf Prägung eines bestimmten Betrages in jedem Monat aufzuheben und den Finanzminister zu autorisieren, nur so viel zu prägen, als zur Befriedigung des Bedarfs nothwendig ist. Dieser Vorschlag ist entschieden praktisch und beachtenswert für Regierungen, die wie die deutsche neben der eigentlichen Goldwährung auch Geldsurrogate (Papier, Silber u. s. w.) für den Bedarf in Umlauf haben.“

F. C. Am Schlusse des zweiten Jahres der neuen Zollpolitik.

Der Schlus des Jahres 1881 mahnt daran, daß nunmehr bereits zwei Jahre verflossen sind, seitdem der neue deutsche Zolltarif in vollem Umfang in Kraft getreten ist. Eine Betrachtung dessen, was die im Jahre 1879 vollzogene zollpolitische Reaktion in unserem Vaterlande erreicht und gewußt hat, liefert allerdings ein wenig tröstliches Resultat. Der Ausgangspunkt für die Umkehr in unserer Handelspolitik, der in dem bekannten Dezemberbrief des Reichskanzlers zuerst dargelegt worden ist, im Laufe der Zeit immer mehr verlassen und durch das einseitige Streben nach Abipartierung Deutschlands gegen das Ausland erweitert worden. Der Dezemberbrief betonte wiederholt, daß es sich nur um ein müßiges Schubvollsystem für die inländische Produktion handele, daß die deutschen Produkte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren, daß die Zölle etwa 5–10 p.C. von Werthe der Waare betragen sollten. Diese Grundsätze sind freilich schon bei Feststellung des neuen Tariffs vollständig über Bord geworfen. Anstatt auf 5 bis 10 p.C. sind die neuen Zollsäze zum großen Theil auf 10 bis 40 p.C. vom Werthe der Waare normirt worden; die Reihe von Zöllen geht selbst über diesen hohen Satz noch hinaus. Der Dezemberbrief batte die Zollpflichtigkeit für alle eingehenden Waaren, mit geringen Ausnahmen, vorgeschlagen, weil Schutzzölle für einzelne Industriezweige wie ein Privilegium wirkten; aber dieser Vorschlag erwies sich von vornherein als unausführbar und das Ergebnis war, daß große einzelnen Industriezweigen ein in nichts zu rechtfertigendes Privilegium in Gestalt hoher Schutzzölle ertheilt wurde. Auf der so gewonnenen Grundlage der neuen Zollpolitik ist im zweiten Jahre eifrig fortgearbeitet worden. Trotz aller Beteuerungen, daß dem neuen Tarif zu zu einer ehrlichen Probe gegönnt werden müsse, sind im Jahre 1881 die Zölle auf Mehl und Wollwaren erhöht, ein Zoll auf Weintrauben neu eingeführt worden; in allen diesen Fällen sind überdies die Säze so hoch geprüft worden, wie sie, abgesehen von Russland, für die gleichen Artikel kein anderer europäischer Staat erhebt. Das Gesetz über die Küstenfrachtfabri hat die herrschende Abipartierung-Tendenz auch auf ein vom Zolltarif nicht direkt berührtes Gebiet der Schiffsaart ausgedehnt. Schließlich wird in einer noch immer wachsenden Zahl von Fällen der im Tarif stehende Zollsatz durch eine vollständig neue Interpretation, einer vorbitantigen Höhe emporgeschraubt, so daß der Zoll zweimal ist, den Werth der Waare übersteigt. So präsentiert sich nach zweijähriger Praxis das „gemäßigte“ Schubvollsystem, für den Eintritt der Dezemberbrief plaidirte! Das Programm des Letzteren ist aber auch in anderer Beziehung vollständig in das Gegenth. verfehlt. Der neue Tarif sollte eine wesentliche Erhöhung der Boherhebungs- und Bevaltungskosten nicht bringen; in

Wirklichkeit sind diese Kosten bereits um mehrere Millionen pro Jahr gestiegen. Der neue Tarif sollte für die Verhandlungen über neue Handelsverträge mit Konventionaltarifen die gesamte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringen. Tatsächlich ist das Gegenteil eingetreten. Nach langer dilatorischer Verhandlung mußte im Jahre 1881 die Hoffnung auf einen neuen Tarifvertrag mit Österreich zu Grabe getragen werden, und gerade der neue deutsche Tarif erwies sich hierbei als das entscheidende Hinderniß, da er die österreichische Regierung zu der Forderung veranlaßte, daß ihr für die Erhöhung der österreichischen Zölle bis zum Betrage der neuen deutschen Zölle freie Hand gelassen werden müsse. Inzwischen sind in Österreich alle Vorbereitungen getroffen, um im neuen Jahre mit der Einführung neuer, vornehmlich gegen Deutschland gerichteter Zölle vorzugehen; noch kurz vor Jahresende ist außerdem die Aufsetzung des großen, einst so blühenden Verkehrsverkehrs für Werte des neuen Jahres durch die österreichische Gesetzgebung decretirt worden. Ebenso wenig ist für das deutsche Reich in seinen handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten irgendeine Besserung zu verzeichnen. Und doch zeigt das Vorzeichen Frankreichs, daß trotz der in manchen Ländern herrschenden schutzzöllnerischen Strömung eine handelspolitische Annäherung zwischen verschiedenen Staaten auf dem Wege des Vertrages auch heute noch zu erreichen ist, wenn man mit ernstem Willen und der Einsicht in die Notwendigkeit und Nützlichkeit des gegenwärtigen internationalen Verkehrs in die Verhandlungen eintritt. Aber auch hier hat die neue Zollpolitik Deutschlands insofern eine unheilvolle Wirkung ausgeübt, als seine immer mehr dem Prohibitionssystem zuneigende Haltung das Zustandekommen mancher Konzessionen gebunden hat, welche auf Grund der Meistbegünstigungsklausel ohne Weiteres auch ihm, das sich konsequent isolirt, zu Gute gekommen sein würden. Auf diese Weise befindet sich Deutschland durch seine neue Politik den anderen Staaten gegenüber tatsächlich in einer weit schlechteren Lage als je zuvor seit zwanzig Jahren.

Können die vorstehend angeführten Thatsachen nun auch nicht mehr abgeleugnet werden, so sucht man die Ursache der neuen Zollpolitik jetzt damit zu beweisen, daß doch eine Besserung in den inneren wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands eingetreten sei. Es zeigt sich hierdurch verhängnisvolles Irrthum, wie bei der schutzzöllnerischen Gesetzgebung des Jahres 1879. Man beurtheilt die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes, als ob sie von aller Verbindung mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in anderen Ländern völlig losgelöst sei, und als ob die geschäftliche Situation einig und allein in der Zollgesetzgebung ihre Ursache habe. Nachdrücklicher als jemals legen abergrade fest die Thatsachen Zeugnis davon ab, in welchem innigen Zusammenhang die wirtschaftliche Entwicklung aller am internationalen Verkehr beteiligten Völker steht. Gerade für die Hauptländer, welche ihre Zollgesetzgebung in den letzten Jahren gar nicht geändert haben, ist namentlich im letzten Theile des verflossenen Jahres, eine Besserung zu konstatiren. Im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraume des Vorjahrs ist z. B. in England in der Zeit von Januar bis November 1881 — die Statistik reicht noch nicht weiter — die Einfuhr von 38,4 Mill. Pfds. St. auf 34,3 Mill. Pfds. St. zurückgegangen, dagegen in Ausfuhr von 18,9 auf 20,7 Mill. Pfds. St. gestiegen; ebenso ist in Frankreich die Einfuhr von 4550,1 auf 4483,7 Mill. Frs. gesunken, während sich gleichzeitig die Ausfuhr von 3086,9 auf 3203,0 Millionen Frs. gehoben hat. In beiden Ländern ist überdies die Abnahme der Einfuhr wesentlich durch die geringere Zufuhr von Nahrungsmitteln veranlaßt worden; die Einfuhr von Rohstoffen ist dagegen meist gestiegen, was auf eine erhöhte Tätigkeit der Industrie schließen läßt; die Steigerung der Ausfuhr hat ihren Grund wesentlich in erhöhtem Export von Industrieprodukten. Wenn sich nun in Deutschland — was sich zur Zeit noch nicht konstatiren läßt — für das Jahr 1881 ein ähnliches Resultat herausstellen sollte, so würde dieser Umstand sicher nichts für die Vortrefflichkeit der neuen speziell deutschen Zollpolitik beweisen; er würde nur recht überzeugend darthun, mit welcher unwiderstehlichen Kraft die Bewegungen des Weltmarktes sich trotz aller künstlichen Hemmnisse auch bei uns geltend machen. Welche besonderen Nachtheile aber die möglichst ausgedehnte Abschließung gegen den Weltmarkt im Gefolge haben müßt, das kann eine allgemeine, steigende Konjunktur vielleicht vorübergehend theilweise verdecken; sie werden aber, wie schon die große Mehrzahl der Handelsammerberichte für 1880 konstatiert hat, in anderer Lage mit voller Schwere wirken und unter ganzes Erwerbsleben um so empfindlicher treffen, je mehr andere Länder eine auf die Erleichterung der einheimischen Gewerbstätigkeit abzielende Handelspolitik festhalten und ausbilden.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 3. Januar.

— Se. Majestät der Kaiser empfing gestern Nachmittag um 4 Uhr den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck zu einem längeren Vortrage.

Das Schlussergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1880 ergibt für das deutsche Reich die Ziffer von 45,234,061, davon 22,185,432 männlich und 23,048,628 weiblich. Die Vermehrung gegen die Zählung von 1875 beträgt danach 2,506,689. Auf Preußen kommt eine Bevölkerungsziffer von 27,279,111 (gegen 25,742,404 im Jahre 1875), auf Bayern 5,284,778 (gegen 5,022,425), auf Sachsen 2,972,806 (gegen 2,760,586), auf Württemberg 1,971,118 (gegen 1,881,505), auf Baden 1,570,254 (gegen 1,507,156) u. s. w. Die Bevölkerung hat in allen Bundesstaaten und in allen einzelnen Kreisen derselben zugewonnen, mit alleiniger Ausnahme des badischen Kreises Waldshut, wo ein Abgang von 199 stattgehabt hat.

Vocales und Provinzielles.

Boden, 4. Januar.

d. Das Neue Thor in der Verlängerung der Kl. Ritterstraße ist zwar bereits seit einiger Zeit vollständig für den Personen-, wie Wagenverkehr eröffnet, wird jedoch bis jetzt von den Frachtkürenwerken nur wenig benutzt, da diese, um zu den Güterbahnhöfen zu gelangen, meistens noch den bisherigen Weg durch das Berliner Thor benutzen. Es wird nun im Interesse des Personenverkehrs, wie man hört, der Verkehr durch die beiden Thore durch eine Polizeiverordnung in der Weise geregelt werden, daß das Berliner Thor ausschließlich dem Personenverkehr dienen soll, während der gesamte Frachtenverkehr nach den Bahnhöfen z. d. durch das Neue Thor dirigirt werden wird. So sehr eine derartige Einrichtung im Interesse des Personenverkehrs liegt, so würde doch andererseits der Frachtenverkehr durch dieselbe in mancher Beziehung zu sehr erschwert werden. Ohne Zweifel könnten die Frachtwagen nach dem Posener-Kreuzbürger und Oberleichten Bahnhofe hin ganz gut den Weg durch das Neue Thor benutzen. Wie steht es aber mit den Frachten nach und von dem Güter-Bahnhof der Märkisch-Posener Eisenbahn oder nach und von dem Gilgut-Schuppen der Oberleichten Eisenbahn? Sollen die Frachtwagen, um von der Stadt dorthin zu gelangen, den gewaltigen Umweg durch das Neue Thor, und auf der Glazierstraße bis zum Anfange der Bahnhof-Chaussee vor dem Berliner Thor, und von dort dann erst nach dem Märkisch-Posener Güterbahnhof und dem Gilgutschuppen machen? Es wäre dies, wenn man z. B. annimmt, der Frachtwagen ginge von dem oberen Theile der Mühl- oder der St. Martinstraße aus, ein gerader ungeheuerlicher Umweg. Hoffentlich wird sich doch noch eine Modalität finden lassen, durch welche die Interessen des Personen- und

Güterverkehrs in dieser Angelegenheit beide gleichzeitig gewahrt werden. — Inzwischen werden Vorbereitungen getroffen, um die Kl. Ritterstraße, welche bisher nur mit einem leichten Plaster versehen war, für einen starken Frachtenverkehr geeignet zu machen; es wird dort gegenwärtig, nachdem die Strecke vom Neuen Thor bis zur Ecke der Artilleriestraße bereits gepflastert worden ist, das Material zur Umpflasterung anfahren, und es soll mit dieser im Frühjahr begonnen werden, sobald die Witterung dazu geeignet ist. Die Gartenstraße, welche bisher ungepflastert war, und an welcher gegenwärtig bekanntlich bereits einige industrielle und kommerzielle Anlagen sich befinden, ist in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gepflastert worden.

Hermissches.

* Die öffentlichen Bibliotheken Italiens. Nach dem von dem königlichen Bibliothekar der Biblioteca Alessandrina zu Rom, Enrico Marzocchi, veröffentlichten Verzeichniß hat Italien zwiehundert und zwanzig öffentliche Bibliotheken. Von zwei solcher Bibliotheken haben die Städte: Bologna, Cesena, Cremona, Naro, Palermo, Parabiago, Perugia, Pisa, Pistoia, Savignano, Savona, Siena, Trevi, Urbino und Vigiano. Drei Bibliotheken besitzen die Städte: Bergamo, Mantua, Modena, Monza, Pavia und Novigo. Vier Bibliotheken haben folgende Städte: Catania, Genua, Mailand und Parma. Fünf Bibliotheken haben: Novara, Padua, Vercelli und Verona. Sieben sind in: Neapel, Padua und Turin. Sieben sind nur in: Florenz und Udine. Die Stadt Rom hat zwiehunddreißig Bibliotheken, unter welchen die Vaticanica die berühmteste ist. Berlin enthält, mit Einschluß der größeren Gymnasialbibliotheken, vierzehn mehr oder minder zugängliche Institute dieser Art, Breslau ungefähr sieben.

* Ein russischer Korruptions-Prozeß. Dieser Tage ist in Russland wieder ein Prozeß zu Ende geführt worden, der Aufschluß gibt über die Ursachen der Entstehung und Verbreitung der revolutionären Propaganda, die unter dem Kollektivnamen "Ribilismus" zusammengefäßt wird. Der Sachverhalt ist nach der Darstellung russischer Blätter folgender: Die Kleinbürger von Logischino im Gouvernement Minsk hatten von ihren ehemaligen polnischen Herren das Besitzrecht an einem in der Nähe des Dorfes gelegenen großen Grundstück erhalten, das ihnen später durch den dirigirenden Senat in Petersburg ausdrücklich bestätigt wurde, und waren so seit unendlichen Zeiten in ungestörtem Genüge des Landes geblieben. Da plötzlich, 1865, will der Gouverneur von Minsk, Tokarew, entdeckt haben, daß das Grundstück zu den Kronländern gehöre, die um jene Zeit häufig „verdienstvollen“ Beamten als „Gratifikation“ überwiesen zu werden pflegten. Auf die Anzeige Tokarews wird über das Besitzrecht des 2631 Desjätinen (1 Desjätine = 1,0925 Hektar) umfassenden Grundstücks Ermittlung ange stellt und die dem Gouverneur verbindlichen Beamten befinden auch bald, daß das begezte Grundstück zu den Kronländern gehöre. Nachdem die Thatsache „festgestellt“ war, dauerte es natürlich nicht lange, daß das Kronland dem Gouverneur mit Rückicht auf seine Verdienste zu dem ermäßigten Preise von 14,000 Rubel zugesprochen wurde. Die Kleinbürger von Logischino protestierten, wendeten sich mit Petitionschriften an die höchsten Behörden, aber ohne jeden Erfolg. Da, der neue Gouverneur verlangte noch, als er 1874 das Grundstück übernahm, daß die Kleinbürger ihm den Dritten aus der Ausfaß von 1873 in natura ausliefern, oder als Entschädigung die Summe von 12,000 Rubel bezahlten. Als sich die armen Leute der Forderung wider setzten, da wurden 26 von ihnen in Haft genommen und außerdem beantragte der Gouverneur die Verbannung von fünf weiteren Personen aus dem Gouvernement Tokarew, begründete die administrative Verbanung der fünf Leute damit, daß man ein Exemplar statuiren müsse, damit die Widerseitlichkeit der Bürger von Logischino nicht schärfen Einfluß auf die umliegenden Ortschaften habe. Der Grund erschien den hohen Behörden in Petersburg sehr plausibel und es wurde der General-Lieutenant Loschkarow mit einigen Sotnien Kosaken dorthin entsendet, um die Leute „zur Raison zu bringen“. In Gemeinschaft mit einem „erfahrenen“ Polizeibeamten, Oberst Rappo, belagerte der General das Dorf Logischino und zwang die Bewohner desselben zur Entrichtung der „herabgesetzten“ Summe von 5474 Rubel. Da die Einbringung des Geldes nicht ohne Widerseitlichkeit vor sich ging, wurden die Widerständigen unbarmherzig mit Ruten gepeitscht und gezwungen, ihr Vieh und ihre übrige Habe um Spottpreise zu verkaufen. Alle Personen, die bei der ganzen Affäre zu thun hatten, erhielten später Belohnungen, Orden und angehene Stellungen. Die mißhandelten Leute ruhten indes nicht und drangen mit ihrem Anliegen bis zum Senat durch. Von dieser Staatsbehörde gelangte die Sache an das Minister-Komitee, das eine strenge Untersuchung anordnete, und 1878 wurde über das Ergebnis derselben der Kaiser Alexander II. Bericht erstattet. Gest endlich, nachdem 7 Jahre seit der Gewaltthat des Gouverneurs von Minsk und dessen Mittelpfer verflossen sind, hat der Senat über die hohen Verbrecher Sentenz gefällt. Das Urteil ist noch nicht publiziert worden, doch wollen die „Romofiti“ erfahren haben, daß die Hauptschuldigen an der unrechtmäßigen Aneignung der Ländereien von Logischino, Geh. Rath Tokarew und General-Lieutenant Loschkarow, aus dem Staatsdienst entfernt werden sollen.

* Einrichtung eines afghanischen Ministers. Indischen Blättern wird aus Kabul gemeldet: „Vor einigen Tagen wurde der frühere Kriegsminister Jafub Khan's, Daud Khan, den unser Emir (Abdurrahman) proskribirt hatte, als Gefangener hierher gebracht, wo er in einem Thurm eingesperrt gehalten wurde. Vor den Emir geführt, bat er diesen um Schonung seines Lebens. Er wollte ihm fernher ein treuer Unterthan sein. Der Emir wollte jedoch von Gnade nichts wissen und verurtheilte den Minister zum Tode. Der Gefangene ward hierauf gebunden und in jenen Hof des Palastes gebracht, wo sich die Stallungen für die Elefanten befinden. Hier legte man ihn auf den Boden nieder und öffnete eine Stalltür. Aus dieser fand nun ein großer Elephant hervor, der dem Gefangenen seine beiden Vorderfüße auf den Körper setzte und ihn alsbald zertrat. Einige Sekunden nachher lag nur noch eine unkenntliche Fleischmasse auf dem Boden.“

* Einer der indianischen Helden aus den langwierigen Seminolen-Kriegen, nämlich Chipeo, der Häuptling der Tallahassee, ist jüngst in Florida im Alter von mehr als hundert Jahren gestorben. Ihm folgte in der Häuptlingswürde sein ältester Sohn Tustenugge Chausu, freilich um über eine sehr kleine Schaar zu gebieten. Drei Krieger mit ihren Weibern, Kindern und einigen Negern — daß ist alles, was von dem Stämme übrig blieb. Zum Begräbnis des Alten wurden 6 schöne Pferde und viele fette Schweine geopfert. Seinen Jagdzug, Büchse und Kochgeschirr hat man ihm mit ins Grab gegeben, damit er sie in den „seligen Jagdgründen“ gebrauchen möge. Chipeo gehörte dem großen Seminolenstamme an und befehligte sich an dem Kriege der Seinen gegen die Truppen der Vereinigten Staaten sehr lebhaft. Zur Zeit, als der gefangene Oberhäuptling der Seminolen, Billy Bowlegs, und seine Oncken nach dem Indianer-Territorium gebracht wurden, im Jahre 1856, gelang es Chipeo und seiner Schaar, den Verfolgern zu entkommen, und er hat sich seitdem fortwährend in verschiedenen Theilen des Kritsime-Distriktes in Florida aufgehalten. In der allerletzten Zeit hatten sie ihre Hütten ungefähr 25 Meilen von Barlow in Polk County in der Nähe der Catfish-Seen. An gar manchem Gemüte hat Chipeo Theil genommen. Nieber keine seiner Thaten befundete er Neue, ausgenommen eine, wenn er darauf zu sprechen kam. Er hatte nämlich einen weißen Säugling in die Lust geworfen, und dann auf seinem Jagdmesser aufgefangen; der Tod des unschuldigen Kindes hat ihm oft Gewissensbisse verursacht.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 3. Januar. Den Abendblättern zufolge fand gestern bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe eine mehrstündige Berathung über die Vorgänge in Krivoscje statt, an welcher Jovanovic, Webersheim und Thoemmel teilnahmen. Jovanovic begiebt sich heute direkt nach Krivoscje.

Der „Polit. Korresp.“ wird aus Athen gemeldet: Die Kammerwahlen sind in der Hauptstadt zu Gunsten der Oppositionspartei ausgefallen. In unterrichteten Kreisen gilt es jedoch für höchst wahrscheinlich, daß die Wahlen in den Provinzen überwiegend ein für die Regierung günstiges Resultat ergeben werden.

Rom, 3. Januar. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Suez gemeldet wird, hat die anlässlich der jüngsten Ereignisse in Suez eingeführte gemischte Untersuchungs-Kommission ihre Aufgabe vollendet. Der des Mordes an dem egyptischen Offizier verdächtige Italiener ist nach den stattgehabten Ermittlungen nicht schuldig. Der Haupträdelsführer der Emeute wurde nach Kairo gebracht, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Der Gouverneur von Suez besuchte den italienischen Botschafts-Konsul und drückte demselben das Bedauern der Regierung über die bei den Unruhen gegen das italienische Konsulat vorgekommenen Kundgebungen aus.

Paris, 2. Januar. De Ning ist an Stelle Ducross-Auberts, welcher zur Disposition gestellt wurde, zum Gesandten für Rumänien ernannt worden.

Tunis, 2. Januar. Auf die Ansprache des ersten Deputierten der französischen Kolonie bei dem Empfange des Ministerresidenten Noustan erwiederte dieser, die Sympathien der französischen Kolonie und die Unterstützung, welche ihm seitens der Regierung zu Theil wurde, trösteten ihn über die gegen ihn vorgebrachten Verleumdungen, welche er verachte. Er rufe die französische Kolonie, welche ihn kennt, zum Zeugen auf. Seine Rückkehr beweise, daß die Regierung nicht die erzielten Resultate aufgeben, sondern das in Tunis begonnene Werk fortführen werde. Die Prüfung, welche er durchgemacht habe, werde die Konsularagenten Frankreichs, welche wie er verleumdet und beschimpft worden seien, nicht entmuthigen; sie würden stets die nationalen Interessen aufrecht erhalten im Vertrauen auf die Sympathien des Landes und die Unterstützung einer gerechten und starken Regierung. — Das gelbe Fieber, welches am Senegal herrschte, ist vollständig erloschen.

London, 3. Januar. Das angeblich von Herbert Gladstone an den Municipalrath der Stadt Ennis in Irland gerichtete Schreiben wird von der „Ball-Mall Gazette“ als Erfahrung bezeichnet.

London, 3. Januar. Die „Times“ veröffentlicht einen Brief Arabi Bey's, in welchem derselbe die Anschauungen und Ziele der egyptischen Nationalpartei darlegt. In dem Briefe werden die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Egypten und der Pforte acceptirt, der Sultan als Suzerän und Khalif anerkannt und die Treue der Partei gegen den Khedive erklärt. Insbesondere dringt Arabi Bey auf die Ausführung der vom Khedive im September 1881 gegebenen Zusage, und vor Allem der Zusage, mit einer Delegirtenversammlung zu regieren. Die Nationalpartei erkennt die Dienste Englands und Frankreichs, sowie die Nothwendigkeit einer europäischen Finanzkontrolle an, obwohl sie dieselbe nur als ein Provisorium betrachte, da das Streben der Partei dahin gehe, Egypten eines Tages ganz in den Händen der Egypten zu sehen. Die Partei vertraut ihre Interessen gegenwärtig der Armee an, als der einzigen Macht, welche im Stande sei, die Freiheiten des Landes zu beschützen, und verlange daher die Vergrößerung der Armee bis auf 18,000 Mann. Der Brief sagt schließlich, daß die Nationalpartei eine politische und nicht eine religiöse Partei sei.

Kork, 3. Januar. Der hiesige Municipalrath hat eine Resolution angenommen, dahin gehend, dem gegenwärtig im Gefängniß befindlichen Dillon das Bürgerrecht zu bewilligen. Alle Municipalräthe der konservativen und viele der liberalen Partei hatten sich der Abstimmung enthalten.

Dublin, 2. Januar. Gestern sind sowohl hier wie auch an anderen Orten Irlands mehrere hervorragende Mitglieder der Frauen-Landliga verhaftet worden.

Petersburg, 3. Januar. Wie das „Journal de St. Petersburg“ meldet, hat China die erste Rate der in dem Kultus-Vertrag festgesetzten Entschädigungsumme durch die Firma Baring Brothers in London an Russland auszahnen lassen.

Konstantinopel, 3. Januar. Es verlautet hier, daß Nuri Damat Pascha, welcher wegen Theilnahme an der Ermordung des Sultans Abdul Aziz nach Taif in Arabien verbannt und dort interniert worden war, gestorben ist.

Berlin, 3. Januar. S. M. S. „Hertha“, 19 Geschütze, Kommandant Kpt. zu See v. Kall, ist am 20. November v. J. in Amoy eingetroffen und beabsichtigte am 15. Dezember pr. nach Nagasaki in See zu gehen. — S. M. S. „Storch“, 16 Geschütze, ist am 18. November pr. vor Kobe-Hiago angekommen und beabsichtigte am 23. dess. Monats nach Nagasaki zu gehen.

Plymouth, 3. Januar. Der Hamburger Postdampfer „Wieland“ ist hier eingetroffen.

Southampton 3. Januar. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Oder“ ist hier eingetroffen.

Definitives Nachwahlresultat.

Wahlk. Braunschweig.

2. Welfenbüttel. Abgegeben. 11,225 St., davon für Senator Römer (natlib.) 6966, für Frhr. v. Gramm (Reichspartei) 3493 Stimmen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
3. Nachm. 2	744,0	SW mäßig	trübe	+ 6,4
3. Abends. 10	745,3	SW mäßig	trübe	+ 6,2
4. Morgs. 6	748,1	SW schwach	bedeckt	+ 4,2
Am 3. Wärme-Maximum + 79° Cels.	=	=	=	=
- - -	- - -	- - -	- - -	- - -
- - - Wärme-Minimum + 1° Cels.	=	=	=	=

Wetterbericht vom 3. Januar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. u. 0 Gr. nachd. Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
Hullagbmore	741	WNW	6 bedeckt	7
Aberdeen	733	S	7 halb bedeckt	3
Christiansund	728	SSW	3 halb bedeckt	2
Kopenhagen	738	WSW	8 Regen	6
Stockholm	737	SW	4 bedeckt	3
Havanna	733	S	2 bedeckt	0
Petersburg	746	S	4 bedeckt	-1
Moskau	759	S	2 bedeckt	-3
Torl. Queenst.	744	WNW	5 wolfig ¹⁾	4
Brest	750	WNW	5 bedeckt ²⁾	10
Helder	739	SSW	6 Regen	7
Suit	737	WSW	9 Regen	6
Hamburg	743	SW	8 bedeckt ³⁾	7
Sm. nemünde	746	SSW	6 bedeckt ⁴⁾	5
Neufahrwasser	749	SW	6 bedeckt ⁵⁾	4
Meme	748	SW	5 Regen ⁶⁾	4
Paris	—	—	—	—
Münster	746	SSW	8 Regen	7
Karlsruhe	756	SW	9 bedeckt	8
Wiesbaden	753	SW	1 bedeckt	6
München	760	SD	1 halb bedeckt	1
Leipzig	752	SW	7 bedeckt	6
Berlin	743	SSW	4 bedeckt ⁷⁾	6
Wien	763	still	wolfig	-2
Breslau	756	S	3 wolfig	4
Die d'Air	—	—	—	—
Nizza	—	—	—	—
Triest	766	still	Rebel	6

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Große See. ³⁾ Nachts stürmisch, Regen. ⁴⁾ Nachts Regen. ⁵⁾ Nachts Regen. ⁶⁾ Große See, Abends Schneeflocken. ⁷⁾ Abends Regen.

Skala für die Windstärke:
1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch 6 = stark, 7 = steif, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:
1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung:

Über der Nordwesthälfte Europas lagert eine umfangreiche Depression, unter deren Einflusse über den britischen Inseln steife nordwestliche, über Nord-Zentral-Europa starke bis sturmische südwestliche Winde wehen, während in der Gegend des tiefsten Luftdrucks, an der norwegischen Küste meist nur schwache Luftbewegung herrscht. An der südlichen Nordsee und über Dänemark und Umgebung ist Regenwetter eingetreten, dessen Fortpflanzung ostwärts wahrscheinlich ist. Die Erwärmung, welche gestern im Westen eintrat, hat sich auch auf die östlichen Gebiete hinaus ausgedehnt, ganz Westeuropa bis zum Polarkreis hinauf ist frostfrei, nur in Österreich-Ungarn liegt die Temperatur meist noch etwas unter dem Gefrierpunkte. Indessen ist bei nach Nordwest neigenden Winden zunächst für West-Deutschland wieder Abkühlung zu erwarten.

Deutsche Seite.

Wasserstand der Werthe.
Posen, am 3. Januar Morgens 0,94 Meter.
= 3. Mittags 0,98 =
= 4. Morgens 1,08 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 3. Januar (Schluß-Course.) Bewegt.
Lond. Wechsel 20,39,7, Pariser do. 80,78. Wiener do. 171,50, R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101, R.-W.-Br. Anth. 128, Reichsanl. 101, Hess. Ludwigsb. 149, Darmst. 162, Meiningen 100, Ost.-ung. Br. 718,00. Kreditattien 306, Silberrente 67, Bankierrente 6 Goldrente 80, Ung. Goldrente 76, 1860er Lose 124, 1864er Lose 325,00, Ung. Staatsl. 231,50 do. Ost.-Ob. II. 94, Böh. Wiesbaden 276 Elisabethb. — Nordwestbahn 195, Galizier 264, Franzosen 276, Lombarden 124, Italiener 89, 1877er Russen 89, 1880er Russen 72, II. Orientanl. 59, Zent.-Pacific 112, Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 59, Wiener Bankverein 122, ungarische Papierrente — Buschthaler — Junge Dresdner —.

Nach Schluss der Börse: Kreditattien 308, Franzosen 277, Galizier 266, Lombarden 125, II. Orientanl. — III. Orientanl. — öster. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 3. Januar. Effekten-Sozietät. Kreditattien 309, Franzosen 279, Lombarden 126, Galizier 266, österreichische Goldrente — ungarische Goldrente —, II. Orientanl. — öster. Silberrente 67 Papierrente —, II. Orientanl. 59, ungar. Papierrente —, 1880er Russen —, Darmstädter Bank —, 4 p.C. Ungar. Goldrente —, Wiener Bankverein —, Diskonto-Kommandit —, 1860er Lose 125. Sehr fest.

Wien, 3. Januar. Ungarische Kreditattien 344,50, österreichische Kreditattien 349,50, Franzosen 323,00, Lombarden 145,50, Galizier 308,25, Anglo-Austr. —, Elbthal 254,90, öster. Papierrente 77,37, do. Goldrente 94,00 ungar. Papierrente 89,50, 4proz. ungar. Goldrente 89,37, Marknot 58,32, Napoleon 9,42, Bankverein 137,60, Nordwestbahn 229,00. Sehr fest.

Wien, 3. Januar. (Schluß-Course.) Rüttäuse, namentlich in Kreditattien, befestigten die Tendenz, Banken und Bahnen erholt, Schluß ab schwärend. Papierrente 77,37 Silberrente 78,40, Oester. Goldrente 94,00, Ungar. Goldrente 119,40 1864er Lose —, 1860er Lose 12,00 1864er Lose 173,00 Kreditattie —, Ungar. Prämien 122,50 Kreditattien 349,50, Franzosen 323,25, Lombarden 145,75, Galizier 308,50, Reichs-Oderb. 148,00 Paribus 163,00 Nordwestbahn 228,70, Elisabethbahn 217,50 Nordbahn 260,50, Oesterreich-ungar. Bank —, Türk. Lose —, Unionbank 141,30 Anglo-Austr. 148,25 Wiener Bankverein 137,75 Ungar. Kredit 344,75 Deutsche Blätter 58,30 Londoner Wechsel 118,90 Pariser do. 47,12, Amslerdamer do. 98,20 Napoleon 9,42, Dutaten 5,59, Silber 100, Mar. noten 58,35 Russische Banknoten 1,28, Lemburg-Czernowitz —, Kronpr.-Rudolf 174,20, Franz.-Josef —, Durch-Bodenbach —, Böhm. Weißbahn —, 1,25 ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —, Elbthal 254,00.

ungarische Papierrente 89,45, ungar. Goldrente 89,32, Buschthaler B. —, Ung. Bräml. —, Escompte —, Ungar. Kreditattien 347,00, öster. Kreditattien 351,50, Franzosen 324,00, Lombarden 146,50, Galizier 309,25, Anglo-Austr. —, öst. Papierrente 77,42, do. Goldrente 94,10, Mar. noten 58,32, Napoleon 9,42, Bankverein 138,50, Elbthal 254,50, ungar. Papierrente 89,55, 4proz. ungar. Goldrente 89,49, 6proz. ungar. Goldrente 119,50, Nordwestbahn 229,50. Sehr fest.

Die Einnahmen der Karl-Ludwigsbahn (gesamtes Netz) betragen in der Zeit vom 21. bis zum 31. Dezember 288,23 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 17,370 fl., die Einnahmen des alten Netzes betragen in der Zeit vom 21. bis zum 31. Dezember 225,610 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 16,940 fl.

Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn vom 24. bis zum 30. Dezember 696,639 fl., Mehreinnahme 34,528 fl.

Paris, 3. Januar. (Schluß-Courier.) Fest. 3proz. amortisirb. Rente 85,27, 3proz. Rente 84,95 Anleihe do. 1872 115,00, Italien 3proz. Rente 91,20, Österreich. Goldrente 80, 6prozent. ungar. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 78, 5proz. Russen do. 1877 232, Franzosen 705,00, Lombardische Eisenbahnen-Aktien 315,00, Lomb. Prioritäten 274,00, Türken de 1865 14,80, Türkenloote 67,00, III. Orientanleihe 59.

Credit mobilier 74,00, Spanier exter. 30, do. inter. —, Suezkanal-Aktien — Banque ottomane 882,00, Union gen. —, Credit foncier 1890,00, Egypt 364,00, Banque de Paris 1325,00, Banque d'Escompte 882,00, Banque hypothécaire —, Londoner Wechsel 25,20, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Paris, 3. Januar Boulevard-Vorles. 3 proz. Rente 84,72, Anleihe

Produkten-Börse.

Berlin, 3. Januar. Wind: —. Wetter: —.

Weizen per 1000 Kilo loko 202—235 M. nach Qualität ge-
sobert, abgel. Annmld. — bezahlt, defekter Polnischer — Mark
ab Bahn, vor Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bezahlt, per
Februar-März — bezahlt, April-Mai 226—225½ M. bezahlt, Mai-
Juni 226—225½ M. bez., per Juni-Juli 226 M. bez. Gefündigt 2000
Bentner. Regulierungspreis 218 Mark. — Roggen per 1000 Kilo
loko 169—180 M. nach Qualität gefordert, neu inländischer 174—178
a. B. bez., hochreiner 177 M. ab B. bez., flammer 169—173 ab B. bez.,
alter — Mark ab B. bezahlt, russischer 171—175 Mark a. B. bezahlt,
seiner — Mark ab Bahn bezahlt, defekter — Mark ab Bahn bezahlt,
per Januar 172—173—172½ M. bezahlt, per Januar-Februar 171
bis 171½ bez., per Februar-März 170½ bezahlt, per April-Mai 167½
bis 166—167½ bezahlt, per Mai-Juni 165½—165—165½ bezahlt, per
Juni-Juli 165—163—163½ Mark bezahlt. Gefündigt 2000 Bentner.
Regulierungspreis 172½ Mark. — Gerste per 1000 Kilo loko 136 bis
200 Mark nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 138—173 M. nach Qualität gefordert, russischer und polnischer 139 bis
147 bezahlt, öst- und westpreußischer 145—157 bezahlt, polnischer und
Udernärker 146—150 bezahlt, schlesischer 150—158 bez., böhmischer 150—158 M. bezahlt, sein weiß mecklenburgischer — ab B. bezahlt,
seine 162—165 bez., per Januar — Mark bez., per April-Mai 145½
bis 145—145½ bez., per Mai-Juni 146½—146—146½ M. bezahlt,
per Juni-Juli 147 M. Gefündigt — Bentner. Regulierungspreis —
Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 172—215 M. Futter-
ware 158—167 Mark. — Mais per 1000 Kilo loko 143—153

nach Qualität gefordert, vor Januar 148 Mark, Januar-Februar —
M. per April-Mai 140 M. per Mai-Juni 138 M. Gefündigt —
Bentner. Regulierungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogramm
brutto 00: 32,00—30,50 Mark, 0: 29,50—28,50 M. 0/1: 28,50
bis 27,50 Mark. — Roggenmehl infl. Sad 0: 25,25 bis 24,25
Mark, 0/1: 23,75—22,75 Mark, per Januar 23,10—23,20 bezahlt, per
Januar-Februar 23,00—23,15 bezahlt, per Februar-März 22,95—23,10
bezahlt, per April-Mai 22,80—22,95 bezahlt, per Mai-Juni 22,45—22,60
Mark bezahlt, vor Juri-Juli 22,20—22,80 Mark bezahlt. Gefündigt —
Bentner. Regulierungspreis — M. — Hefzaat 1000 Kilo Winter-
raps — M. Winterrüben — Mark. — Rübböl per 100 Kilo loko
ohne Fas 55,5 M. mit Fas 55,8 Mark, per Januar 56,1 bez., Januar-
Februar 56,1 bez., per Februar-März — bez., per März-April —
bez., per April-Mai 57,1—57,2 bez., per Mai-Juni 57,0 bez. Gefündigt
1500 Stm. Regulierungspr. 56,2 M. — Leinöl 100 Kilo loko —
nom. — Petroleum per 100 Kilo loko 24,2 Mark, per Januar
23,8 Mark bezahlt, per Januar-Februar 23,8 M. bezahlt, per Februar-
März 24,2 M. der April-Mai 24,0 Mark, per Mai-Juni — Mark,
per September-Oktober 25 Mark. Gefündigt 2500 Bentner. Regu-
lierungspreis 24,0 Mark — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas
46,4 M. bez., per Januar 48,5—48,2—48,6 M. bez., per Januar-
Februar 48,5—48,2—48,6 M. bez., per Februar-März — M. bez.,
per März-April — bez., per April-Mai 49,9—49,7—50,0 M. bez.,
per Mai-Juni 50,1—50,0—50,1 M. bezahlt, per Juri-Juli 51,1 bis
51,0—51,1 M. bez., per Juli-August 51,9—52,0 bez. Gefündigt 110,000
Liter. Regulierungspreis 48,5 M. (B. B. S.)

Bromberg, 3. Januar. [Bericht der Handelskammer.]
Weizen flau, hohlbunt und glasig 215—220 Mark, hellbunt

Berlin, 3. Januar. Auch die heutige Börse stand unter einer hochgradigen Verunsicherung, die sich über sämtliche Gebiete erstreckte. Aus Wien lagen anfangs wenig erfreuliche Nachrichten vor, man konnte sich dort noch nicht von dem starken Rückgange erhoffen, den die Notiz der österr. Kreditaktien gestern an der Wiener Börse erfahren hatte. Außerdem aber wiegte der heut veröffentlichte Ausweis der deutschen Reichsbank in hohem Maße verstimmt. Obgleich man darauf gefaßt war, Ende Dezember die Anlagen der Bank stark vermehrt zu sehen, so war man doch von der Höhe, wie sie der Bank-Ausweis kundgibt, überrascht. Die Anlagen der Bank vergrößerten sich in der letzten Dezember-Woche um 115,82 Millionen Mark und mußte, um diesen Abzug zu decken, der Notenumlauf um 99 Millionen erweitert werden,

Fonds- u. Aktien-Börsen.

Berlin, den 3. Januar 1882.

Preußische Fonds- und Aktien-

Concerte.

Preuß. Cons. Anl. 4 105,40 bzb

do. neue 1876 4 101,00 bzb

Staats-Anleihe 4 100,60 G

Staats-Schuldscr. 3½ 98,80 bzb

Do.-Deichg.-Obh. 4

Berl. Stadt-Obh. 4

do. do. 3½

Saldn. d. B. Rfm. 4

Bfandbriebe:

Berliner 5 108,10 bzb

do. 4 104,00 bzb

Landsh. Central 4 100,25 bzb

Kur. u. Neumärk. 3½ 95,70 bzb

do. neue 3½ 92,00 bzb

do. 4 101,25 B

do. 4 101,00 G

R. Brandg. Fred. 4

Westpreußische 3½ 90,90 bzb

do. 4 100,40 bzb

Wesir. rittersch. 3½ 90,40 B

do. 4 101,00 bzb

do. I. B. 4 100,40 bzb

do. II. Serie 4 103,30 bzb

Neuldsch. II. Serie 4 100,10 bzb

do. do. 4 103,30 bzb

Posenische, neue 4 100,50 bzb

Sächsische 3½ 90,40 bzb

do. 4 100,50 bzb

do. 4 101,25 G

Schlesische alt. 3½

do. alte A. 4

do. neue I. 4 101,30 bzb

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4 100,25 G

Pommersche 4 100,30 bzb

Posenjoe 4 100,40 bzb

Preußische 4 100,25 bzb

Rhein. u. Westhäl. 4 100,75 B

Sächsische 4 100,25 bzb

Schlesische 4 100,60 G

20-Frankfur. 16,18 bzb

do. 500 Gr. 20,39 G

Engl. Banknoten 20,39 G

do. einlößb. Leipzig. 135,50 B

Franzö. Banknot. 81,85 bzb

Hess. Prsch. a 40 Th. 171,40 bzb

Befterr. Banknot. 211,85 bzb

Deutsche Fonds. 134,70 bzb

dt. Reichs-Anl. 101,00 bzb

U. A. v. 55 a 100 Th. 143,75 bzb

Seff. Prsch. a 40 Th. 304,00 bzb

Bad. Pr. u. 67. 4 134,70 bzb

do. 35 fl. Öblig. 218,50 bzb

Bair. Präm.-Anl. 135,50 B

Braunsch. 20 thl.-L. 101,40 bzb

Brem. Anl. v. 1874 4

Cöln.-Wd.-Pr.-Anl. 128,40 bzb

Denf. St.-Pr.-Anl. 124,75 bzb

Goth. -Pfdbr. 121,50 bzb

do. II. Abth. 119,60 bzb

Hamb. 50-Dthlr.-L. 191,00 bzb

Überlecker Pr.-Anl. 178,60 bzb

Weldh. Eisenbahn. 95,00 B

Nieminger Looie. 27,50 B

do. Pr.-Pfdbr. 118,25 bzb

Oldenburger Looie. 148,40 bzb

D.-G.-C.-B.-Pf. 110 105,90 bzb

do. do. 109,90 bzb

do. do. 104,40 bzb

do. do. 102,00 bzb

Rein. Hypoth.-Pf. 101,00 G

Rbd. Grdtz. H.-A. 99,25 bzb

Banknoten.

Banknoten Rente.

Banknoten Renten.

Banknoten Renten.